

# Der Gesellschafter

## Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

### Nagolder Tagblatt

Gegründet 1828

Journal No. 28

Verbreitete Zeitung im Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind daher von bestem Erfolg.

Das Blatt enthält alle Nachrichten aus dem Oberamtsbezirk Nagold, sowie alle Anzeigen, die in demselben veröffentlicht werden können.

Telegraphische Adresse: Gesellschafter Nagold.  
Postfachkonto: Stuttgart 5118.

Nr. 172

Donnerstag, den 26. Juli 1923

97. Jahrgang

### Tagespiegel

In Speyer ist der stesioveretende Regierungspräsident der Pfalz von den Franzosen verhaftet worden.

Die Vorbereitungen über eine neue Goldanleihe sind abgeschlossen. Die Entscheidung liegt nun beim Reichskabinett.

Der Steueraussschuß des Reichstags hat die Abzüge von der einkommensteuer statt auf das drei- auf das vierfache erhöht.

Der preussische Innenminister Severing hat anlässlich des von den Kommunisten für den nächsten Sonntag geplanten Antifaschistentages Anweisung gegeben, Versammlungen unter freiem Himmel und Anzüge an diesem Tag zu verbieten.

Auch in Sachsen sind die öffentlichen Kundgebungen der Kommunisten am 29. Juli verboten worden.

Belgien nimmt gegenüber dem englischen Antwortentwurf keine solche ablehnende Haltung wie Frankreich ein.

### Warum zögert Baldwin?

Der erste Eindruck der Baldwin'schen Rede war für viele eine bittere Enttäuschung. Man konnte in führenden Zeitungen lesen: „Englands Wille zusammengebrochen“ oder „Baldwin kapituliert“ u. dergl. mehr.

Das ist übertrieben. Das müßte allerdings so wirken für alle, die allzu hohe Hoffnungen auf England setzten. Die jetzt schon ein entscheidendes und entscheidendes Eingreifen Baldwin's erwarten, die einen sofortigen Bruch des englisch-französischen Bündnisses in nächste und sichere Aussicht nahmen. Das dürfte man eben nicht tun. Und wer es dennoch tat, der kennt nicht die längst geübte und längst bewährte Art der englischen Politik, die langsam und sicher arbeitet, zögert und zaudert, dabei aber zielbewußt vorbereitet, um den Gegner nicht vor eine vollendete Tatsache zu stellen und dabei die Schuld seiner Niederlage vor den Augen der Welt auf ihn abzuladen.

Wie gings nur auch mit Lausanne? Die erste Konferenz endete mit einem scheinbaren Schlag gegen England. Frankreichs hinterlistiges Vorkommen mit Angora hatte es so weit gebracht. Lord Curzon aber arbeitete jetzt erst recht hinter den Rücken, zog die Türken langsam, aber unerbittlich auf die englische Seite — und siehe, die zweite Konferenz war gewonnen. Zwar nicht mit einem vollen Sieg: die Engländer müssen Konstantinopel und die Dardanellen innerhalb 3 Wochen nach der Ratifizierung in Angora räumen, aber die türkische Freundschaft war gesichert, also die Hauptsache, ohne die sonst Englands asiatische Uebermacht an allen Ecken und Enden gewandelt hätte.

Weshalb ist auch jetzt in der englisch-französischen Auseinandersetzung, Stanley Baldwin, Englands Premierminister, der seinerzeit die amerikanisch-englische Schuldfrage glänzend gelöst hat, hat sich als wahrer Staatsmann und tüchtiger Redner erwiesen, der es versteht, die Dinge langsam ausreifen zu lassen. So auch diesmal.

Und dazu bewegen ihn folgende Gründe: 1. Die Umstellung der öffentlichen Meinung Englands. Die Engländer sind bekanntlich politisch reifer als wir Deutsche. Welt bereitet sich eine Schwenkung der feierlichen Sanktionen für Frankreich vor. Sie geht aber erst in der oberen Schicht vor sich. Dort sieht man allmählich ein, daß Frankreich die Welt und nicht zuletzt auch England durch Lug und Trug in den Haß und den Krieg gegen Deutschland hineingekarrt hat. Die alte traditionelle Feindschaft oder wenigstens Abneigung gegen Frankreich hängt an in diesen Kreisen aufzuweichen. Aber die Masse auf der Straße denkt und fühlt immer noch französischfeindlich und sieht uns Deutsche immer noch als Feinde an. Man kann sagen, mindestens 60 v. H. der britischen Bevölkerung bewegt sich noch in diesem Geleise. Da braucht es Zeit, bis man sie herausbringt. Darum sollte man alles aufbieten, daß das englische Volk von den Ruhrgezeiten der „Grande Nation“ möglichst viel zu hören und zu sehen bekommt.

2. Ist es die Rücksicht auf Amerika, die Baldwin in seiner Zurückhaltung bestärkt. Das offizielle Amerika ist immer noch deutschfeindlich. Vor allem ist es Präsident Harding selbst, der sich nicht von seinen Vorurteilen gegen das barbarische und imperialistische Deutschland, das Frankreich angefallen haben soll und das das Versailler Todesurteil mit vollem Recht verdient habe, losmachen kann. Baldwin braucht eben den widerstrebenden Harding an seiner Seite, wenn er etwas gegen Frankreich ausrichten will. Zu diesem Zweck finden zugestandenermaßen jetzt schon Verhandlungen in London und Washington statt.

3. Fürchtet England die militärische Ueberlegenheit Frankreichs. Mit einer Macht, die über 831 828 Soldaten, 10 Regimentern Kampfwagen, Riesengeschützen mit 20 Kilometern Schußweite, rund 4000 Frontfliegern verfügt, ist nicht zu spähen. Dazu die vielen U-Boote, die Frankreich gebaut hat und täglich baut. Da muß doppelt überlegt werden, bis man mit einem solchen Militären bricht. Da muß mindestens um die Wette gerüstet werden, um im Notfall auch die Zähne zeigen zu können. Offenbar will Baldwin den Abstand in der Luftkassenfrage möglichst schnell eintreiben ausgleichen. Daher die letzte Luftkassenverweigerung

mit dem ungeheuren Kostenvoranschlag von 5,5 Milliarden Pfund Sterling.

4. Will Baldwin die Schuld an dem bevorstehenden Bruch der Entente Frankreich aufbürden. Er ist das seinem Lande schuldig, aber auch den Neutralen, vor allem Amerika. Nur so kann er diese alle und das „Weltgewissen“, falls ein solches existiert, auf seine Seite bringen.

Das sind also die Gründe, die Baldwin zu seinem zögernden Verhalten in der Ruhrpolitik bewegen. Die Vansanner Konferenz oder sagen wir besser: die türkische Frage mag der letzte Grund dafür gewesen sein. Die ist aber jetzt erledigt, und Baldwin ist dadurch wenigstens einer Rücksicht gegenüber Frankreich enthoben.

Für uns aber hat diese ganze Erwägung eine lebenswichtige Bedeutung. Die ganze seitherige englische Politik: die Curzon'sche Oberhausrede vom 20. April, der Baldwin'sche Fragebogen an Frankreich, die Unterhausklärung vom 19. Juli und jetzt der englische Antwortentwurf für die Entente — ist eine erfreuliche und vielleicht die bedeutendste Folge unserer passiven Widerstandes. Geben wir ihn heute auf, dann gibt uns England morgen auf. „Run erst recht!“ Auch keinen „Abau des passiven Widerstandes!“ Das wäre genau so viel wie Kapitulation, eine Entente, eine Sabotierung der englischen Politik. Alles, nur das nicht. W. H.

### Vom Ruhrkrieg

Belgien ist Englands Standpunkt zugänglicher

Paris, 25. Juli. Der französische Botschafter in London, der sich seit Freitag in Paris aufgehalten hat, ist gestern auf seinen Posten zurückgekehrt. Der französische Botschafter in Brüssel überbrachte gestern vormittag dem Außenminister Jaspard den Antwortentwurf auf die englischen Dokumente in der Reparationsfrage, den Poincaré als Grundlage für die französisch-belgischen Verhandlungen übermitteln ließ. Nach dem „Petit Parisien“ ist noch einige Tage mit französisch-belgischen Verhandlungen auf diplomatischem Wege zu rechnen. Das Blatt glaubt besitzigen zu können, daß in der Frage des passiven Widerstandes und in der Frage der eintapenweisen Räumung des Ruhrgebiets nach Rohgabe der deutschen Zahlungen die belgische Regierung ihren Standpunkt nicht ändern werde. Es sei aber möglich, daß hinsichtlich der Reparationen die Minister Theunis und Jaspard versuchen würden, eine Verständigungsgrundlage in London dadurch zu finden, daß sie einige Argumente aufnehmen, die schon wiederholt in den letzten Monaten formuliert worden seien. Es sei möglich, daß sie nicht das harte Festhalten in Paris an der vollkommenen Aufrechterhaltung des Londoner Zahlungsplanes teilen, der die britische Regierung als veraltet ansehe. Zweifellos seien sie mit der französischen Regierung über das Mindestmaß, das die beiden Länder von Deutschland erlangen müßten, vollkommen einig, aber sie seien sogar einer Herabsetzung des Betrags der Schulden der Obligationen der Serie C feindselig gesinnt, solange die Frage der internationalen Schulden nicht geregelt sei, scheint es doch, daß London diese Frage zurückgestellt habe. Außerdem sei es im Hinblick auf den Hinweis des britischen Kabinetts auf die belgischen Studien wahrscheinlich, daß die Belgier eine neue Untersuchung über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands unter der Bedingung annehmen würden, daß sie internationalen Sachverständigen anvertraut werde. Schließlich glaubt das Blatt, daß auch noch die Frage erörtert werden müsse, ob Frankreich und Belgien der englischen Regierung eine gemeinsame Antwort erteilen werden. — Der „Matin“, der sich ebenfalls mit den französisch-belgischen Verhandlungen beschäftigt, glaubt beständigen zu können, daß die Meinungsverschiedenheiten, die noch zwischen Paris und London bestehen, beträchtlich sind.

### Der Frank als Loosmittel

Paris, 25. Juli. Dem „Echo de Paris“ wird aus Mainz berichtet: Angesichts der fortgeschrittenen Entwertung der Mark hat die französisch-belgische Eisenbahnregie beschlossen, die Bezahlung der deutschen Angestellten und Hilfsarbeiter auf der Grundlage des Franken vorzunehmen.

### Fortgesetzte Reichsbanküberfälle der Franzosen

Mainz, 25. Juli. Die Franzosen haben gestern noch und im Laufe des heutigen Vormittags aus der Reichsbank, die sie bereits seit längerer Zeit besetzt hatten, die vorhandenen Gelder geraubt. Wie man hört, wurde der Tresor unter Leitung eines Pariser Spezialisten mittels Sauerstoffapparates und Pickeln aufgedrungen. Das Geld, dessen Summe sich auf 25—30 Milliarden belaufen dürfte, wurde mittels Lastautos weggeführt.

Dortmund, 25. Juli. Gestern wurde die Reichsbank von den Franzosen besetzt, die 60 Milliarden beschlagnahmten wollten, aber nur rund eine Milliarde in der Reichsbank vorfanden. Der Betrieb wurde geschlossen, die Bank ist noch besetzt. Die Vorstandsbeamten wurden vorläufig zurückgehalten.

### „Heldenehrung“

Paris, 25. Juli. Kriegsminister Maginot reist heute in Begleitung der Generale Buat und Vocquet nach dem Ruhrgebiet ab. Er wird in Düsseldorf morgen vormittag bei einer

Parade dem General Degoutte das Großkreuz der Ehrenlegion überreichen. Hierbei soll, nach Haas, auch der englische Oberkommandierende, General Gedley, anwesend sein.

### Ein französischer Geheimkurier verhaftet

Berlin, 25. Juli. Blättermeldungen aus Hagen zufolge wurde zwischen Arnsberg und Freudenberg in dem von Berlin kommenden D-Zug ein französischer Geheimkurier des französischen Botschaft in Berlin, der auch Spitzeldiene verrichtete, von der Schutzpolizei, die eine Postkontrolle vornahm, verhaftet. Es wurden bei ihm Dokumente gefunden, die für den französischen Kommandanten der Ruhrarmee bestimmt waren.

### Neue Nachrichten

#### Die Gefahren des Antifaschistentages

Berlin, 25. Juli. Der Reichsminister des Innern ließ am 19. Juli ein Rundschreiben an alle Landesregierungen ergehen, worin auf die Möglichkeit von Zusammenstößen, insbesondere am 29. Juli, hingewiesen und ersucht wird, alle Maßnahmen zur Verhinderung von Störungen der Ruhe und Ordnung zu treffen. Ganz besonders wird auf die genaue Durchführung der reichs- und landesgesetzlichen Bestimmungen über das Waffentragen und das Mitführen von Waffen in Versammlungen und Aufzügen hingewiesen. Mit Rücksicht auf die Notwendigkeit der Ruhe und Geschlossenheit im Innern gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt ersucht der Reichsminister, von vornherein mit wirksamen Mitteln einzugreifen und nötigenfalls die Versammlungen unter freiem Himmel für den 29. Juli überhaupt zu verbieten.

Der sozialdemokratische Parteivorstand teilt dem „Vorwärts“ mit, daß die Vereinigte sozialdemokratische Partei mit dem von den Kommunisten auf den 29. Juli angelegten Antifaschistentag nichts zu tun hat. Die örtlichen Organisationen haben die Teilnahme an den Veranstaltungen abzulehnen.

#### Die Frankfurter Mordtat

Frankfurt a. M., 25. Juli. Die Untersuchung der Mordtaten, bei denen der Staatsanwaltschaftsrat Dr. Haas totgeschlagen wurde, hat zur Folge gehabt, daß bisher 17 Personen verhaftet worden sind. In einem der Fälle, die Kommunisten führten, wurde ein Schild mitgetragen, auf dem stand: „Blut geht vor Recht!“ In den diesigen Morgenausgaben der Zeitungen wird der Polizei zum Vorwurf gemacht, daß sie nicht genügend Vorsicht habe walten lassen. Die Oberstaatsanwaltschaft hat an den Justizminister einen ausführlichen Bericht über die Vorgänge geleistet.

Die „Frankf. Ztg.“ macht der Sozialdemokratie wegen ihres Zusammengehens mit den Kommunisten bei Veranlassung der Straßenkundgebung Vorwürfe. Sie schreibt u. a.: Gewiß, es war der übelste Donnergott, der in vollkommener Verwerflichkeit ein Menschenleben hinstreckte, es war jugendlicher Pöbel, der in Häuser und Gaststätten eindrang, um sich an fremdem Eigentum zu vergehen, einer Erstörungswut zu fröhnen. Mit dem politischen Glaubensbekenntnis haben diese Taten nichts zu tun. Es war aber eine Probe auf die Art, wie sich in den Köpfen eines halbtötigen Pöbels, einer Gesellschaftsschicht mit völlig verlorener Moral, mit niedrigsten Instinkten und ohne jegliche sittlichen Hemmungen die Schlagworte einer politischen Kundgebung zu Begriffen und schließlich zu Taten formen. Nicht zum ersten Male sind solche entsehligen Ausschreitungen in Frankfurt zu verzeichnen, es lagen wahrlich genug Erfahrungen vor, die bei politischen Kundgebungen in einer Zeit schwerster sozialer, wirtschaftlicher und politischer Belastungen und Erschütterungen zur Vorsicht und Behutsamkeit mahnten. In einer so überhitzten Atmosphäre, wie sie diese Lage der Massenverlebung und der Bedrohung des Staatsgefüges durch äußere und innere Belastung mit sich bringen, kommen niedrigste Instinkte der Menschen obenauf und entzünden sich an den geringsten Fünkchen, das unachtsam auf diese hemmungslosen Menschen fallen gelassen wird. Und das hätte man wissen und berücksichtigen müssen, als man die Kundgebung organisierte, und wenn man nicht härteste Gewisheit hatte, Ausschreitungen verhindern zu können. So mußte von dieser Form einer Kundgebung abgesehen werden. Das hat man nicht getan, und mit aller Schwere fällt die Verantwortung für das Furchtbare des gestrigen Tages auch auf die politischen Parteien, die die Veranstaltung auf dem Römerberg organisiert haben.

#### Riesenschäden in Breslau

Breslau, 24. Juli. Den „Neuesten Nachrichten“ zufolge stellte ein Versicherungsbeamter in einer im Oberpräsidium abgehaltenen Versammlung von Arbeitgebern fest, daß die Geschäftsinhaber durch die Tumulte einen Schaden von 11 Millionen erlitten haben. Ähnlich wird nunmehr festgestellt, daß am Freitag und in der Nacht zum Sonnabend 109 Geschäfte geplündert wurden; die weitaus größere Zahl von diesen befindet sich in Händen von Christen, so daß die Behauptung gewisser Zeitungen, daß die Tumulte durch Antimilitären angezettelt worden seien, hinfällig wird.

Die wertbeständige Reichsanleihe gesichert

Berlin, 25. Juli. Die Vorbereitungen über die Auflegung einer wertbeständigen Reichsanleihe sind, wie die Blätter mitteilen, gestern zum Abschluss gelangt. Das Projekt bedarf nur noch der Zustimmung des Reichskabinetts. Die Auflegung der Anleihe wird wahrscheinlich anfangs August beginnen. Als Laufzeit sind 12 Jahre vorgesehen. Die Anleihe wird in Stücken von 5-100 Dollar ausgegeben werden. Als Zinssatz sind 5 Prozent vorgesehen. Die Einzahlung und die Einlösung erfolgt in Mark auf Grund des jeweiligen Remporter Wechselkurses. Der aufzuliegende Anleihebetrag wird sich zwischen 20 und 25 Millionen Goldmark bewegen.

Ein Riefeneinbruch

Berlin, 25. Juli. Ein Riefeneinbruch, wie er in den Annalen der Berliner Kriminalpolizei bisher noch nicht verzeichnet wurde, wurde gestern nacht in den Geschäftsräumen der früheren Hofjuweliere Rosenthal und Sohn, Friedrichstraße 69, ausgeführt. Den Eindringern, die die Tat von langer Hand vorbereitet haben müssen, fielen Schmucksachen im Wert von etwa 30 Millionen in die Hände. Auf die Ergreifung der Täter haben die Geschäftsinhaber 100 Millionen Mark und für die Wiederherstellung der gestohlenen Rosibarbeiten 10 Prozent des Wertes ausgezahlt.

Verfälschung der Biersteuer

Berlin, 25. Juli. Der Steueraussschuß des Reichstages stimmte in seiner heutigen Sitzung gegen einen Teil der Sozialdemokratie der vom Reichsrat beschlossenen Erhöhung der Biersteuer auf das fünffache zu. Zugleich wurde auch der Anteil Bayerns, Württembergs und Badens an der Biersteuer entsprechend erhöht. Weiterhin ging der Ausschuss bei der Beratung einer Abänderung des Einkommensteuergesetzes über die Regierungsvorlage und die Beschlüsse des Reichsrats hinaus, indem man nicht das dreifache, sondern das vierfache der bisherigen Abzüge feststellte. Falls diese Abänderung vom Reichsrat angenommen wird, würden die Abzüge betragen: für den Steuerpflichtigen und die zu seinem Haushalt gehörige Ehefrau je 24 000 M., für jedes zum Haushalt des Steuerpflichtigen gehörende minderjährige Kind 10 000 M. und zur Abgeltung der Abzüge für Werbungskosten 200 000 M.

Deutschtumskundgebung in Schleswig

Schleswig, 24. Juli. Eine große Deutschtumskundgebung fand am Sonntag auf dem historischen Kampfgelände von Idstedt statt. Wettkämpfe und Turnspiele wechselten mit Ansprachen und musikalischen Vorträgen. Eine Anzahl von noch lebenden Veteranen von 1848 wohnten der Feier bei.

Württemberg

Württembergischer Landtag

Die 200. Sitzung wurde dadurch zu einer Sensation, daß auf Antrag aller Parteien der Mitte und der Linken die Große Anfrage der Sozialdemokratie über den Aufruf des Bauernbundesführers Theodor Körner zum Boykottierung des Stuttgarter Marktes als erster Punkt auf die Tagesordnung gesetzt und nach einer kurzen Beratungspause für die Fraktionen sofort vom Abg. Döster (Soz.) begründet wurde, der in dem Aufruf einen Anreiz zum Mord, ja sogar zu gewalttätigem Eingreifen in die Wirtschaftsordnung erblickte und das Einschreiten der Regierung dagegen forderte. Staatsrat Rau vom Arbeits- und Ernährungsministerium stellte die Vorgänge auf dem Stuttgarter Wochenmarkt atmenmäßig fest, konnte aber in dem Aufruf nur ein Vergehen gegen die Preisstreibereverordnung erblicken und teilte mit, daß gegen den Unterzeichner ein gerichtliches Verfahren eingeleitet sei. Die Art, wie in Stuttgart die Preisnotierungen auf dem Wochenmarkt vor sich gehen, sei verbesserungsbedürftig. Abg. Siebel (B.P.) vermißte eine völlige Aufklärung des Tatbestandes, weil bis jetzt nur die Beamten, aber nicht die bedrohten und geschlagenen Leute vom Land gehört worden sind. Man solle gegen die großen Wucherer vorgehen und die kleinen Produzenten, die ums tägliche Brot kämpfen, laufen lassen. Die Abg. Frau Ebn (Dem.) gab der Empörung der Hausfrauen, Abg. Andre (Z.)

seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß der Vordrucker Siebel die Ausschreitungen in dem Aufruf nicht gerügt habe. Döster müsse man aber feststellen, daß die Preise auf dem Stuttgarter Wochenmarkt in letzter Zeit durchaus nicht über den Rahmen der Geldentwertung hinausgegangen seien. Abg. Schmed (Komm.) rief nach dem Staatsanwalt, der gegen die Kommunisten in einem solchen Falle gleich bei der Hand wäre, und kündigte Körner jung die Reitschiffe an, die er schon einmal bekommen habe. Nach einer weiteren Bemerkung des Abg. Harimann (D.P.) bedauerte der Abg. Bagille (B.P.) die kränkelnden Ausdrücke in dem Aufruf, verurteilte aber auch die damit getriebene Agitation. Es wäre besser gewesen, wenn die beleidigten und bedrohten Landwirte sich an die Regierung gewandt hätten, statt in der Aufregung einen solchen Aufruf zu erlassen. Man müsse aber auch unterscheiden zwischen den Preisen der Erzeuger und denen der Händler, ferner zu Gunsten der Landwirte die Frage aufwerfen, ob es jemand gäbe, der nicht die Preise nehme, die man ihm anbiete. Die Große Anfrage sei zweifellos nicht im Interesse des Friedens gestellt worden, sondern zur Agitationszwecken. Abg. H a y m a n n (Soz.) widersprach leidenschaftlich. Entscheidend für den Aufruf sei die daraus sprechende Gefinnung und die Beschimpfung der Stuttgarter Bevölkerung als Böbel und Gefindel. Die schärfste gerichtliche Untersuchung sei notwendig. Nach 3 1/2 Stunden war die Session erschöpft und das Haus wandte sich weiterhin stundenlang bei Kap. 39 zum Nachtragset der Frage zu, ob einmalige Beschlüssen zur Erwerbslosenunterstützung gewährt werden sollen. Das Haus lernte sich fluchtartig und auch die Presse zog es gegen 9 Uhr vor, das Redeturnier zwischen den Abg. Jiegler (Soz.), Andre (Z.), Schmed (Komm.), Hofstra (Soz.), Emil Roth (Dem.) und Staatsrat Rau nicht länger durch ihre Anwesenheit zu verschönern.

Stuttgart, 25. Juli. Spende für Minderbemittelte. Der Geflügelzüchterverein Oberkochen hat bei Relegationsstellen zur wohlthätigen Verwendung eine Spende von 350 Eiern und 100 000 M. übergeben, die sofort Minderbemittelten ausgeführt werden wird.

Stuttgart, 25. Juli. Wieder ein Bierpreisausschlag. Nach dem Vorgang anderer Landesteile hat der Stuttgarter Brauereiverband mit Wirkung vom 26. Juli ab wieder eine Bierpreiserhöhung beschlossen. Demnach betragen die Preise für 10prozentiges Lagerbier beim Fassbier 10 000 M. für den Liter und im Ausschank für 0,3 Liter 5000 M., beim Flaschenbier der Einkaufspreis der Flasche von 0,5 Liter 7000 M., von 0,7 Liter 9800 M., der Verkaufspreis der Flasche von 0,5 Liter 8000 M., von 0,7 Liter 11 000 M. Die Preise für das Spezialbier mit ca. 13 Prozent stellen sich beim Fassbier auf 13 000 M. für das Liter und im Ausschank auf 6500 M. für ein Glas von 0,3 Liter Inhalt, beim Flaschenbier als Einkaufspreis für die Flasche von 0,5 Liter auf 11 250 M. und als Verkaufspreis auf 12 500 M.

Hildershausen Ost. Herrenberg, 25. Juli. Wahl. Bei der Schultheisenwahl haben von 513 Wahlberechtigten 458 abgestimmt. Verwaltungspraktikant Karl Knauth von Rültingen erhielt 261 Stimmen, der frühere Schultheiß Jenner, der aus verschiedenen Gründen von seinem Amt zurücktrat, aber bei der Neuwahl wieder als Kandidat auftrat, 225 Stimmen. Knauth ist somit gewählt.

Calw. Durch Entschließen des Herrn Staatspräsidenten ist Studienrat Dr. Knodel am hiesigen Realprogymnasium vom Antritt der ihm übertragenen Studienratorenstelle am Realprogymnasium in Rültingen seinem Ansuchen gemäß entbunden worden.

Aus Stadt und Bezirk.

Nagold, den 26. Juli 1923.

Unsere Heimatbeilage.

Die Fullnummer der Heimatbeilage führt uns nach Ehlingen, dem Mittelpunkt des überaus belebten gewerbreichen Redarales zwischen Böttingen und Stuttgart. Ehlingen ist ein Platz uralter Geschichte. Diese Stadt ist für uns alle deshalb so anziehend, weil wir in ihr die Entwick-

lung vom alamannischen Dorf über die typische schwäbische Reichstadt mit engen Gassen, tiefen Mauern, unzähligen Türmen, überträgt von der glänzenden Bergkette der Burg auf dem Schönenberg, bis zur modernen laufenden, maschinenrasenden großen Industriestadt verfolgen können. Rings um die Stadt gleißelt ein Kranz von Rebhängen und Obstgärten und die Füllbüchlein und die Füllbüchlein dröben in den Ehlinger Bergen liegen wunderbar in ihren Ostgärten drin. Dann blühen wir nur den Namen des General Melac nennen, des Mädchens von Ehlingen, des Postmeisters von Ehlingen, um eine ganze Reihe von legendenhaften und geschichtlichen Vorgängen, die für das ganze Land von Interesse sind, zu nennen.

Ruhrkinder. Wie bereits gemeldet, treffen die Ruhrkinder nur imhaktia am Freitag, den 27. d. M. abends ein. Veränderungen im Steuerabzug vom Arbeitslohn. Für den vom Arbeitgeber einbehaltenen Steuerabzug vom Arbeitslohn müssen bekanntlich Steuermarken gestellt werden, aber es müssen die einbehaltenen Beträge durch Einzahlung oder Ueberweisung an die zuständige Finanzkasse abgeführt werden. Seither konnte das Finanzamt auf Antrag einzelner Arbeitgebern gestatten, die Steuermarken statt nach ihrer Lohnzahlung nach Ablauf eines Monats bis zum 10. des folgenden Monats zu geben und zu entwerfen, bezw. die Abführung an die Finanzkasse bis zum 10. des folgenden Monats zu bewerkstelligen. Durch Verordnung vom 10. Juli 1923 ist jetzt bestimmt, daß das Kleben der Steuermarken bezw. die Abführung an die Finanzkasse mindestens 2 mal im Monat zu geschehen hat. Und zwar müssen für die vom 1. bis 15. eines Monats einbehaltenen Steuerabzüge die Marken bis zum 25. des Monats, für die vom 16. bis zum Schluß des Kalendermonats einbehaltenen Steuerabzüge die Steuermarken bis zum 10. des folgenden Kalendermonats eingeleitet und entwertet werden. Entsprechendes gilt für die im Ueberweisungsweg an die Finanzkasse abgeführten Beträge.

Frauenzulage zu den Versorgungsgebühren der Kriegsveteranen. Nach dem Abänderungsgesetz zum Versorgungsgegesetz erhalten die verheirateten Schwertriebsbesoldigten und die verheirateten Kapitulantinnen, die eine Dienstrentenrente von mindestens 50 Prozent beziehen, vom 1. 1. 23 ab eine Frauenzulage zu ihren Versorgungsgebühren. Die Frauenzulage kann bei der von den Versorgungsämtern vorzunehmenden Umrechnung der Versorgungsgebühren nicht dann sofort berücksichtigt werden, wenn der Versorgungsbesoldigte durch eine amtlich beglaubigte Bescheinigung des Nachweis erbringt, daß er verheiratet ist und seine Frau lebt. Es empfiehlt sich, daß die in Betracht kommenden Personen eine solche Bescheinigung in einfacher Form nach folgenden Mustern unaufgefordert den Versorgungsämtern vorlegen: (Dr) . . . . . (Datum) . . . . . Ich bin seit . . . . . verheiratet. Meine Frau lebt. Die Richtigkeit ist beglaubigt (Vor- und Zuname), (Dienststelle), (Name), (Dienststellung), (Stammnamen) und (Geschäftszeichen). Die Richtigkeitsbescheinigungen können von jeder Zivil- usw. Behörde und von jeder Person vorgenommen werden, die zur Führung eines öffentlichen Siegels berechtigt ist.

Handelsnachrichten.

Der Dollar in Danzig 600 000 Mark und dort. Der Devisenhandel in Berlin. Heute blieb der Devisenmarkt geschlossen, so daß weder für ausländische Wechsel noch für amtliche Noten Notierungen oder Umsätze erfolgten. Die erhebliche innerpolitische Spannung übte auf die Kursbewegung der Mark einen starken Einfluß aus. Bereits an der gestrigen Neuwahl wurde ein scharfer Rückgang des Markkurses ein. Zur Kennzeichnung der weiteren Entwicklung der Lage sei berichtet, daß ein Danzig heute vormittag ein Dollarkurs von 500 000 bis 600 000 und gegen mittag sogar mit 644 000 und aus London ein Wechselkurs von 2,5, später sogar von 2,8 Mill. Mark gemeldet wurde. Später reichsmünzbesichere Reichsbanknotende, 2. Ausg. von 100 Die Reichsbanknotende, hat im Mai d. J. unter Haltung im Reiches, der Länder Württemberg, Baden und Hessen eine neue Reichsbanknotende ausgegeben. Hieran wurde im Mai d. J. ein Teilbetrag zur Geldumlauf angelegt. Ein weiterer Betrag in Höhe einer Million Goldmark gelangt nunmehr durch die Reichsbankgemeinschaft unter Führung der Württ. Vereinsbank zu freihändigen Verkauf. Der Verkaufspreis ist auf 105 Prozent des von Etatzisten festgesetzt.

Ämtliche Bekanntmachung.

Oberamt Nagold.

Ausbruch der Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche ist ausgebrochen im G-döhte des Gutsbesizers Kalmbach in Ronhardt Gemeinde Walddorf.

Nach Grund des Viehschutzgesetzes und der §§ 182-192 der Minst. Verfügung vom 11. Juli 1912 (Reg.-Blatt S. 217 ff) ergeben folgende Anordnungen:

A. Sperrbezirk: der gesamte Weiler Ronhardt. B. Beobachtungsgebiet: die Gemeinden Walddorf und Eshausen.

C. In den Umkreis von 15 km um den Seuchenort werden einbezogen die sämtlichen Gemeinden des Oberamtsbezirks Nagold und folgende Gemeinden der Nachbaroberämter:

1. Oberamt Calw: Hornberg, Zwergenberg, Rischolden, Rumlweiler, Mattinsmoos, Berggarte, Kgenboch, Wiltrudach, Oberkollmangen, Breitenberg, Schmitz, Rübuloch, Oberdougstret, Urdelsberg, Wilduloch, Müriach, Embreg, Alsburg, Calw, Jansstein, Feinloch, Stammheim, Sonnenhardt, Holzbronn und Derspfann.

2. Oberamt Herrenberg: Oberjesingen, Ruppingen, Affhödt, Herrenberg, Hestach, Reblingen, Ober- und Unterjesingen, Deschelbrunn, Bondorf, Röhlingen.

3. Oberamt Heilb: Baislaan, Bollmaringen, Gündringen, Hochdorf, Göttesingen, Güttingen, Hildesingen, Gilmmettsingen, Kitzheim, Salzheiden, Hühndorf.

4. Oberamt Heidenstadt: Schoploch, Dumlingen, Döschweiler, Hüllmangen, Gelsbach, Bergzollweiler, Durrweiler, Pfalzgrafenweiler, Edelweiler, Egggrube, Oberjesingen, Berlesfeld, Hochdorf, Gschönbach und Wörzberg.

Sämtliche Geschäfte in Ronhardt bleiben gesperrt. Im übrigen gelten die gleichen Bestimmungen wie im Fall Beuren.

Nagold, den 25. Juli 1923.

Oberamt: J. W. Schneider, Au. Amtmann.

Freie Schreinerinnung Nagold.

Am Samstag, den 28. Juli nachm. 1/4 Uhr findet im Gasthaus zur Traube in Nagold eine

Vollversammlung

statt. Tagesordnung: Beitr., Rattierung- und Spiritusbestellung und Sonstiges. Vollzähliges Erscheinen sehr notwendig.

Der Ausschuss.

Neuenbürg.

Schwarze 225

Johannisbeeren

kauft jedes Quantum

Schmidt & Großkopf.

Ein zuverlässiger, im Langholzfuhrewerk bewandertes

Fuhrmann,

möglichst verheiratet, da Bewachnung vorhanden, zum sofortigen Eintritt gesucht

226

Sägemerk Birke, Francensalb

d. Etilingen, Baden.

M. B. N. 811. Melteringer, Fortschung, 3. Kfl. 224

Sorben

frische Rirschen

eingetroffen bei

Johann Jiegler

Gemüch Marktstr. 227

Ein starkes

218

Raffepferd,

guter Wägen, verkauft oder tauscht sofort an leichtsterk.

Wer? sagt die Geschäftsstelle d. Bl. 170

Eine schöne jährige, hornlose

Reh-geiß

hat preiswert abgegeben.

Kauf: von 08: 7 11: 11: ab. August Steinmeyer

Gündringen OA. Nord.

Unterchwandorf.

Hochzeits-Einladung.

Verwandte, Freunde und Bekannte laden wir zu unserer am

Montag den 30. Juli 1923

im Gasthaus zur „Eich“ statt findenden Hochzeits-Feier freundlichst ein.

Johannes Häubler & Pauline Hirweisen

Reitenmacher & Lochter des verstorb. S. d. Franz Häubler & Jakob Hirweisen Bauer

in Unterchwandorf. & in Unterchwandorf.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen.

Ausgang 1/2 10 Uhr in Gündringen.

Hochzeitskarten fertigt G.W. Zaiser

2 Birn- und 2 Apfelbaumstämme

hat zu verkaufen 223

Albert Wiedmaier, Nagold, Freudenstädterstr.

1 deutscher Schäferhund

mit Stammbaum verkauft der Obigt.





